

Völkerrechtswidriger russischer Angriffskrieg – Verbraucher:innen schützen, Energieversorgung sicherstellen

Die Corona-Pandemie hat die Bevölkerung und Wirtschaft hart belastet. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die souveräne Ukraine trifft Deutschland zusätzlich in besonderer Weise. Trotzdem bleibt der Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West sowie Stadt und Land eine vordringliche Daueraufgabe. Deutliche Einkommens-, Renten-, und Vermögensunterschiede prägen nach wie vor das Bild beim Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Ländern.

Der russische Angriffskrieg führt zu Lieferengpässen bei wichtigen Betriebsmitteln und einem deutlichen allgemeinen Preisanstieg. Die Energieversorgung Ostdeutschlands ist in besonderer Weise auf Öl- und Gasimporte aus Russland angewiesen. Privathaushalte, die öffentliche Infrastruktur und Wirtschaft Berlins sind von russischen Gaslieferungen abhängig. Die Raffinerien in Schwedt und Leuna versorgen Berlin und Ostdeutschland mit Kraftstoffen. Von dieser Versorgung ist nahezu jedes Fahrzeug in den ostdeutschen Bundesländern abhängig. Zugleich bleibt die Dekarbonisierung der Energieversorgung herausragendes Ziel.

Es darf keine Versorgungs- und Sozialsplaltung Deutschlands geben.

Deshalb fordern wir:

- Der schrittweise Austausch russischer Energieträger muss durch Anpassung der Energieinfrastruktur so organisiert und begleitet werden, dass Energie- und Wirtschaftsstandorte und ihre Arbeitsplätze im Osten Deutschlands nicht gefährdet werden. Wir teilen die Einschätzung des Bundeskanzlers Olaf Scholz und der ostdeutschen Ministerpräsident:innen, dass die Versorgung mit Rohöl und Erdgas für einen Übergangszeitraum bis zur Etablierung einer wirtschaftlich tragfähigen fossilfreien Versorgung gesichert bleiben muss, damit die Versorgung mit Energie sicher bleibt und bestehende

Arbeitsplätze an den entsprechenden Standorten langfristig erhalten werden.

- Aufgrund des absehbaren Einkaufsstopps von russischem Rohöl zum Jahresende sind die ostdeutschen Raffinerien mit anderweitigem Rohöl zu beliefern, um die Versorgungssicherheit mit Kraftstoffen zu gewährleisten. Die erforderlichen infrastrukturellen und logistischen Voraussetzungen sind durch den Bund schnellstmöglich zu schaffen. Darüber hinaus bereitet sich Berlin mit Ersatzplänen auf die Bewältigung von Versorgungsengpässen vor.

- Der Ausbau erneuerbarer Energien und alternativer Kraftstoffe ist der Weg zur nationalen Energiesouveränität. Deshalb unterstützen wir die Linie des Bundeskanzlers und der Ministerpräsident:innen Ostdeutschlands, akzeptanz- und ausbaufördernde Maßnahmen zu ermöglichen, wie:
 - regionale Netzentgelte anreizkompatibler und einheitlicher auszugestalten,
 - Bürger- und Kommunen an den Erträgen benachbarter EE-Anlagen zu beteiligen,
 - den Eigenstromverbrauch von Erneuerbaren Energien zu begünstigen,
 - Speicher, inkl. Pumpspeicherkraftwerke oder Power-to-X, als eigenständige Säule im Energiesystem zu verankern.

- Die Verfügbarkeit von Solarenergie muss beschleunigt werden. Deshalb fordern wir den Bund auf, nach dem Vorbild Berlins eine Solarpflicht bei Neubauten und korrespondierende Förderkulissen zu schaffen.

- Die ostdeutschen Bundesländer brauchen Bundeshilfen für energieintensive Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und Soloselbstständige bzw. Startups, um sie vor besonderen Härten zu schützen, damit Arbeitsplätze trotz Inflation und Energiepreisstegungen erhalten werden können.

- Gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ländern wollen wir eine Wasserstoffstrategie für die Region entwickeln und so umsetzen, dass erneuerbarer Wasserstoff Anwendung findet. Sie soll ergänzt werden um eine Strategie zur nachhaltigen Erzeugung von Gas aus erneuerbaren Energien.

Für uns ist jedoch klar, dass diese kurzfristigen energie- und wirtschaftspolitischen Forderungen zur Versorgungssicherheit mit erheblichen sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden müssen. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat insbesondere erhebliche Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit unserer Bevölkerung. Neben den erwartbaren deutlichen Auswirkungen bei den Betriebskosten der Wohnungsmieten stellen die allgemeinen Preissteigerungen bei der Grundversorgung ein regelrechtes Armutsrisiko dar. Die rot-grün-rote Koalition hat darauf mit Haushaltsrückstellungen für Energie- und Baukostensteigerungen von insgesamt über 900 Mio. Euro reagiert. Diese erhebliche Kraftanstrengung des Landes Berlin muss durch Maßnahmen des Bundes verstärkt werden.

Wir unterstützen die Forderung zu einer Übergewinnabschöpfung bei den Konzernen und erwarten den sozialpolitischen Einsatz dieser Einnahmen. Auch unterstützen wir die kartellrechtlichen Überlegungen des Bundes.

Das bisherige Entlastungsprogramm des Bundes ist insbesondere beim „Tankrabatt“ nicht kritikfrei geblieben. Die allgemeinen Energie-Entlastungsmaßnahmen des Bundes müssen auf ihre Wirkung hin überprüft und nachgesteuert werden, insbesondere damit sie für Gruppen, die bisher nicht erfasst sind, z. B. Rentner:innen, geöffnet werden.

Wegen der erheblichen Auswirkungen auf die Verbraucher:innen und der Entlastungseffekte während der Corona-Pandemie fordern wir eine zeitlich befristete substanzielle Absenkung des Umsatzsteuersatzes mit Fokus auf die Grundbedarfe. Diese, von Bund und Ländern gemeinsam getragene, Maßnahme hat wegen der überproportionalen Entlastungswirkung bei geringen Einkommen eine klare sozialpolitische Richtung.

Wir fordern darüber hinaus:

- eine außerplanmäßige Überprüfung und Anhebung des ALG-II-Satzes sowie der Grundsicherung mit dem Ziel einer erneuten Erhöhung,
- ein Energiegeld für geringe Einkommen,
- ein Verbot der Aufkündigung von Energie-Verträgen durch die Unternehmen.

Wir wollen Energiesperren für Berliner:innen bis Ende 2023 generell verhindern und fordern die Übernahme von unverschuldeten Stromschulden durch die Jobcenter und Sozialämter. Wir setzen uns für ein Investitionsprogramm für Haushalte im Transferleistungsbezug zum Austausch von besonders energieverbrauchenden Geräten, eine kostenlose Energiesparberatung für transferleistungsbeziehende Berliner:innen und eine Anpassung der AV-Wohnen wegen gestiegener Nebenkosten ein.

Unsere bisherige Politik entlastet die Berliner Durchschnittsfamilie um 750,- Euro im Monat: Landesmindestlohn, Hortgebührenfreiheit, Kitagebührenfreiheit, kostenfreies Schulmittagessen, Berlinpauschale, kostenfreies Schüler:innenticket, Sozialticket S. Die hohe Nachfrage nach dem „Neun-Euro-Ticket“ zeigt, dass die finanzielle Entlastung der Bevölkerung im öffentlichen Personennahverkehr, wie von uns seit Jahren vorgeschlagen, breite Akzeptanz findet. Wir setzen uns für eine attraktive und vom Bund mitfinanzierte Anschlusslösung, insbesondere für Abonnementkunden, und eine gleichzeitige Verbesserung des Verkehrsangebotes ein. Damit leisten wir einen Beitrag zur Verkehrswende und für den Klimaschutz.